

IRAN / WIRTSCHAFT UND POLITIK

„Die Frage der Finanzierung muss dringend gelöst werden“

Interview mit dem deutsch-iranischen Wirtschaftsberater und AHK-Vorstandsmitglied Saeed Roshani

FRANKFURT (NfA)--In den letzten Monaten ist es in Sachen Iran deutlich unruhiger geworden. Die teils gewaltsamen Reaktionen auf die Proteste im Land selbst, die anhaltenden Drohungen der US-Regierung, aus dem Atomabkommen auszusteigen, und die offensichtliche Verwicklung in den Bürgerkrieg im Jemen sorgen für Spannungen. Für deutsche Unternehmen, die in den Markt einsteigen wollen, eröffnen sich aber trotzdem Chancen, wie Saeed Roshani im Gespräch mit NfA-Redakteur H. Jürgen Heinbuch betont.

NfA: Herr Roshani, Sie sind kürzlich aus dem Iran zurückgekehrt. Herrscht dort noch immer eine Protest-Stimmung?

Roshani: Unterschwellig schon. Die Demonstrationen richteten sich ja vor allem gegen die wirtschaftlichen Zustände. Im Mittelpunkt standen die hohe Arbeitslosigkeit und die nach wie vor grassierende Korruption. Aber selbstverständlich beinhalten sie auch eine politische Komponente. Die Lage im Iran hat sich aber beruhigt, zu Demonstrationen kommt es derzeit nicht mehr.

Weithin hatte man sich nach der Aufhebung der Sanktionen einen raschen Aufschwung erhofft. Dieser blieb weitgehend aus. War auch dies ein Gegenstand der Proteste?

Indirekt schon - selbstverständlich wirken sich ausländische Investitionen auf die Arbeitslosigkeit aus. Wenn mehr Geld ins Land fließt, werden mehr Jobs geschaffen. Die Wirtschaft entwickelt sich bei Weitem nicht so rasch wie erwartet. Ein wesentlicher Punkt ist die weiterhin ausbleibende Finanzierung. Die deutschen Banken halten sich nach wie vor zurück.

Und dies hängt mit den nicht-atom-bezogenen US-Sanktionen zusammen?

Auch. Aber es hat vor allem mit dem Bankensystem zu tun. Die iranischen Geldinstitute haben die globale Entwicklung in den letzten Jahren nicht mitgemacht. Die Basel-Einigungen gingen komplett am Iran vorbei. Aber so langsam tut sich etwas. Man nimmt durchaus Rücksicht auf die internationale Regulierung. Ein deutliches Zeichen dafür ist, dass die OECD die Risikostufe für das Land leicht abgestuft hat - auf Stufe 5 von 7. Dies bedeutet: Die Investitionen werden sicherer.

In welche Richtung schlägt das Pendel aus? Geht es bei den Protesten um weitere Reformen oder um eine Rückkehr zum von den Hardlinern gewollten klerikal geprägten Staat?

Die Diskussion zwischen Reformisten und Hardlinern spielt diesmal eigentlich keine große Rolle. Die Proteste richteten sich gegen beide Seiten. Zugesagte Reformen werden nicht umgesetzt. Dies sorgt für Enttäuschung. Eine Rückkehr zu den Hardlinern wollen aber nur sehr wenige. Es geht eher darum, dass es nicht voran geht.

Besteht die Gefahr eines Rückschlags in den Beziehungen zur EU?

Solange die Regierung Rohani an der Macht ist, gibt es direkte Kommunikationskanäle, die unter der Führung der Hardliner geschlossen wurden. Das bedeutet: Derzeit können aufkommende Probleme diplomatisch gelöst werden. Ein Snapback ist eher unwahrscheinlich, doch gibt es gerade mit Blick auf die USA durchaus Fragezeichen. Erst kürzlich wurde das Atomabkommen erneut bestätigt.

Allerdings hat Präsident Donald Trump den Druck gerade auf die Europäer erhöht. Was passiert, wenn Washington die Abmachung aufkündigt?

Es ist ein internationales Abkommen mit sechs Partnern. Eine einseitige Aufkündigung durch eine Partei ist darin nicht vorgesehen. Die in den USA regelmäßig stattfindenden Bestätigungen, sind eine rein amerikanische Sache. Sie haben mit dem Abkommen an sich nichts zu tun.

Nehmen wir ab einmal an, die USA kündigen den Vertrag auf. Was erwartet Teheran dann von Deutschland und Europa?

Solange die Europäer zu dem Abkommen stehen, wird sich der

Iran ebenfalls daran halten. Dies ist die offizielle Haltung des Außenministeriums. Es scheint klar zu sein, dass Deutschland, Frankreich und Großbritannien keine Änderungen anstreben. Für die Europäer ist das Abkommen ein großer außenpolitischer Erfolg. Den werden sie sich nicht zerstören lassen.

Aber es könnte Probleme für europäische Firmen geben, die in den USA vertreten sind. Nehmen wir die Banken, denen das US-Geschäft einfach wichtiger ist.

Die Banken haben derzeit sowie so keine mittel- bis langfristigen Beziehungen mit iranischen Partnern - nicht zuletzt wegen der Politik in den Vereinigten Staaten. In diesem Bereich würde sich nichts ändern. Und das gilt wohl auch für die anderen Branchen. Typisch für Deutschland ist, dass immer an ein Worst-Case-Szenario gedacht wird. Natürlich kann dies eintreten - aber auch dann wird es Lösungen geben. Vielleicht sollte die EU einen Schutzmechanismus gegen US-Sanktionen für europäische Firmen verabschieden.

Wo liegt das derzeit größte Problem in den bilateralen Handelsbeziehungen?

Dies ist eindeutig die Frage der Finanzierung. Sie muss dringend gelöst werden - unabhängig davon, wie sich die US-Regierung verhält.

Aber wie kann sie gelöst werden? Die Bundesregierung appelliert schon lange an die Banken, doch zwingen kann sie sie nicht...

Auf politischer Ebene muss daran gearbeitet werden, dass die Vereinigten Staaten ihre strenge Politik zumindest etwas lockern. Um es klar zu sagen: Auf der Geschäftsebene beeinflusst vielfach die Angst das Handeln. Und damit erreicht Trump sein Ziel, auch ohne das Abkommen zu kündigen.

Ein Teufelskreis ... was also ist zu tun?

Vielleicht sollten sich alle Partner nochmals an einen Tisch setzen, um über die Frage der Finanzierung zu sprechen. Gegenwärtig ist dies aber reines Wunschenken.

Verliert Teheran irgendwann die Geduld?

Selbstverständlich kann dies mittelfristig passieren. Wenn das Abkommen nicht in Gänze umgesetzt wird, und der Iran nicht in den Genuss der zugesagten Vorteile kommt. Derzeit ist Geduld gefragt - auf Seiten der Europäer ebenso wie im Iran. US-Präsident Trump spielt die Schlüsselrolle. Mit seinem unberechenbaren Verhalten verunsichert er die Märkte. Und gerade auf den Iran, einen Quasi-Newcomer im Welthandel, schlägt dies besonders durch.

Herr Roshani, Sie sind kürzlich in den Vorstand der AHK Iran aufgerückt. Wie kann die Kammer deutsche Firmen bei der Erschließung des Marktes unterstützen?

Die klare Zielsetzung der AHK ist es, Unternehmen aus beiden Ländern im bilateralen Handel zu unterstützen. Derzeit gehören der Kammer insgesamt 2.800 Mitglieder an. Im Kern geht es darum, das Geschäftsklima zu verbessern.

Ist das Interesse deutscher Unternehmen in den letzten Jahren gewachsen?

Durchaus. In den letzten beiden Jahren haben wir deutlich mehr Mitglieder gewinnen können. Und für diese gibt es auch deutlich mehr Veranstaltungen. Seit dem Abschluss des Abkommens haben wir mehr als 50 Delegationen deutscher Firmen im Iran betreut. Jedes deutsche Bundesland hat mindestens eine Reise organisiert. Allerdings ist die anfängliche Euphorie verflacht, da es sich zeigt, dass eine Geschäftsbeziehung nicht ganz so einfach ist.

Was kann die AHK tun?

Wir setzen stark auf den Dialog und beraten staatliche wie private Einrichtungen. Ganz wichtig ist die individuelle Beratung, wie man im jeweils anderen Land Fuß fassen kann.

Münden die Besuche der Delegationen in tatsächliche Geschäfte, oder geht es dabei nur um Informationen?

Natürlich geht es zunächst darum festzustellen, ob es einen Markt



Unternehmensberater Roshani betreibt zwei Büros in Kassel und in Teheran.

oder einen potenziellen Partner gibt. Im Rahmen der Besuche wurden durchaus erfolgreiche Geschäftsbeziehungen aufgebaut. Andere Firmen lassen sich damit lieber noch etwas Zeit. Dies zeigt auch das stetig steigende bilaterale Handelsvolumen. Im letzten Jahr waren es rund 3,5 Mrd Euro.

Welche Rolle spielen Messebesuche?

Sie sind sehr wichtig - gerade auch zur Information. Ein Messebesuch sollte immer der erste Schritt auf einen neuen Markt sein. Dabei spürt man die Atmosphäre, lernt Konkurrenten, aber auch mögliche Partner und Kunden kennen.

Was raten Sie Unternehmen, die im Iran aktiv werden wollen?

Am wichtigsten ist ein Besuch vor Ort, sei es im Rahmen einer Delegation oder eines Messebesuchs. Selbstverständlich bietet sich auch die AHK als erste Adresse an - und auch die meisten regionalen IHK werden beratend tätig. Zudem gibt es in ganz Deutschland entsprechende Informationsveranstaltungen.
NfA/8.3.2018

KONTAKT:

Saeed Roshani
Tel.: +49 561 9300 53 67
roshani@roshani-consulting.de
www.roshani-consulting.de

SAUDI-ARABIEN / WIRTSCHAFT UND POLITIK

Konzerte und Kinos statt Öl

RIAD (AFP)--Das Königreich Saudi-Arabien treibt seine Pläne voran, die Abhängigkeit der Wirtschaft vom Öl zu durchbrechen - und plant, im kommenden Jahrzehnt 64 Mrd US-Dollar (rund 52 Mrd Euro) in den Unterhaltungssektor zu investieren. Die Infrastruktur entsteht bereits, sagte der Chef der Unterhaltungsbehörde, Ahmad bin Akeel al-Chatib.

Der Grundstein für ein neues Opernhaus ist Chatib zufolge bereits

gelegt. Für das kommende Jahr seien „mehr als 5000 Ereignisse geplant“. Auf einer Leinwand hinter Chatib tauchten Namen auf wie die der britischen Band Maroon 5, des italienischen Tenors Andrea Bocelli und des kanadischen Zirkus Cirque du Soleil.

Kronprinz Mohammed bin Salman betreibt seit einiger Zeit ein wirtschaftliches und gesellschaftliches Modernisierungsprogramm

namens „Vision 2030“. Ziel ist es, die Wirtschaft Saudi-Arabiens breiter aufzustellen und die Abhängigkeit vom Öl in Zeiten sinkender Energiepreise zu verringern. Viele Saudi-Araber verbringen ihre Freizeit in den benachbarten Emiraten Dubai und Bahrain und geben Milliarden in der dortigen Vergnügungsindustrie aus.

In den vergangenen Monaten gab es in der erzkonservativen Monar-

chie bereits verschiedene Lockerungen: Für Juni wurde die Aufhebung des Fahrverbots für Frauen angekündigt, Mädchen wurde Sportunterricht an staatlichen Schulen erlaubt, und den Nationalfeiertag feierten Männer und Frauen erstmals gemeinsam im Stadion. Doch saudi-arabische Frauen benötigen immer noch die Erlaubnis eines männlichen Verwandten, um zu studieren oder zu reisen.

Außenpolitisch steuert Saudi-Arabien weiterhin einen rigiden Kurs. Seit März 2015 fliegt eine Militärkoalition unter Riads Führung unter Inkaufnahme zahlreicher ziviler Todesopfer Luftangriffe im Jemen, um den Kampf der dortigen Regierung gegen die vom Iran unterstützte schiitische Huthi-Miliz zu unterstützen. Im Inneren greift das Königshaus hart gegen Kritiker durch.

NfA/8.3.2018